

Finanzkrise und Welthunger

Welche Antworten haben wir?

Hans-Joachim Preuß

Im vergangenen Herbst wurden wir Zeuge einer einzigartigen internationalen Anstrengung zur Rettung des internationalen Finanzsystems. Allein in Deutschland waren Politiker bereit, ein Hilfspaket in Höhe von 500 Milliarden Euro zu schnüren, um damit Not leidenden Banken Finanzspritzen zu verschaffen und durch Ausfallbürgschaften den Zahlungsverkehr zwischen den Geschäftsbanken wieder herzustellen. Dennoch ist deutlich geworden, dass nicht nur der Finanzsektor von der hausgemachten Krise betroffen war, sondern Auswirkungen auf Unternehmen, Konsumenten und Arbeitnehmer zu verzeichnen sind. Der Internationale Währungsfonds sieht die Weltwirtschaft im Jahre 2009 vor einer seit dem Zweiten Weltkrieg nie da gewesenen Depression. Während Kommentatoren sich auf die negativen Wachstumsraten für Deutschland, Europa und andere OECD-Staaten konzentrieren, werden die Auswirkungen für Entwicklungsländer nur am Rande gestreift.

Dabei gehören diese zu den eigentlichen Verlierern des durch Maßlosigkeit und Profitgier verantwortungsloser Banker, ihrer Kunden und Auftraggeber hervorgerufenen Desasters. Denn zum einen bedeutet die Reduzierung der kaufkräftigen Nachfrage einen Rückgang der Exporte von Rohstoffen aus Entwicklungsländern: Produzenten von Erdnüssen, Baumwolle und Ananas bleiben auf ihren häufig verderblichen Erzeugnissen sitzen oder müssen unter den Herstellungskosten verkaufen, weil sie den Erlös zum Überleben benötigen. Zum anderen unterbleiben aufgrund des Fehlens von Kleinkrediten Investitionen in die Verbesserung kleinbäuerlicher Produktionssysteme durch Bewässerung, Anwendung moderner Produktionsmethoden wie Düngereinsatz und Pflanzenschutz oder die Aussaat ertragreicher Pflanzensorten. Die refinanzierenden Banken sind nicht mehr in der Lage, die erforderlichen Sicherheiten zu garantieren. Selbst Schwellenländer wie Indien, die häufig Leistungsbilanzdefizite mit kurzfristigem Kapital finanzierten, registrieren einen Rückzug ausländischer Investoren und Finanzagenturen und reduzieren ihre Erwartungen an zukünftiges Wachstum. Und nicht zuletzt werden Debatten über die Höhe der Budgets für die Entwicklungszusammenarbeit demnächst vor dem Hintergrund geringerer Steuereinnahmen

und der durch die Rettungsaktion für die Banken geschrumpften Verfügungsmasse geführt werden.

Dies setzt die Entwicklungszusammenarbeit und die Entwicklungsländer finanziell unter Druck. Gerade haben steigende Preise für Nahrungsmittel und Rohstoffe – trotz eines vorübergehenden Abfalls im Gefolge der Finanzkrise – den Blick auf die Potenziale ländlicher Räume gelenkt, die aufgrund jahrzehntelanger Vernachlässigung nicht ausgeschöpft wurden. Doch woher werden die nationalen und internationalen Ressourcen kommen, die notwendig sind, um die ländliche Infrastruktur der Entwicklungsländer auszubauen – eine erforderliche Voraussetzung, damit Marktanreize überhaupt bei den Produzenten ankommen, damit ihre Güter die Märkte erreichen? Wer wird in der Lage sein, nationale Agrarforschung, landwirtschaftliche Beratung und die Bereitstellung dezentralisierter Dienstleistungen so zu fördern, dass sie die Produktion und Produktivität steigern? Woher kommen die Mittel, um 923 Millionen Hungernden eine Perspektive zu geben?

Es würde unseren politischen Entscheidungsträgern gut anstehen, ein Rettungspaket zu schnüren für das Erreichen des ersten Millenniumsziels, den weltweiten Hunger zu halbieren. Es braucht dazu keine 500 Milliarden Euro. Es ist viel weniger: Das internationale Forschungsinstitut für Agrar- und Ernährungspolitik (IFPRI) in Washington beziffert die für ein signifikantes weltweites landwirtschaftliches Wachstum erforderlichen Finanzmittel auf 14 Milliarden US-Dollar pro Jahr; für eine Steigerung der Produktion in Subsahara-Afrika wären demnach jährlich weniger als 2 Milliarden US-Dollar notwendig. Geradezu skandalös mutet vor diesem Hintergrund die Diskussion um die Verwendung nicht ausgeschöpfter Agrarexportsubventionen der Europäischen Kommission in Höhe von einer Milliarde Euro an: Aus „grundsätzlichen Überlegungen“ sei man nicht in der Lage, diese Mittel in die Förderung der Agrarproduktion armer Länder umzuschichten. Dabei fand man ein Jahr vorher nichts dabei, unverbrauchte Agrarbeihilfen für die Finanzierung des europäischen Satellitennavigationssystems Galileo einzusetzen.

Unsere Politiker sollten jetzt den Weitblick und den Mut beweisen, der sie noch vor wenigen Wochen bei der Bewältigung der Finanzkrise ausgezeichnet hat! Oder werden noch mehr Menschen hungern, weil sich hierzulande Banker verspekuliert haben?



Dr. Hans-Joachim Preuß,
geb. 1955, General-
sekretär der Deutschen
Welthungerhilfe.
presse@welthungerhilfe.de